

Berliner Tageblatt



Nr. 432

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 12. September 1923

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Eine unmögliche französische Forderung in Sicht.

Die Räumungsverhandlungen.

Geringe Erfolgserwartungen in England.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

○ LONDON, 12. September.

Ueber den Verlauf der gestrigen Rheinlandverhandlungen in Genf schreibt Pertinax im „Daily Telegraph“, die Aussichten für ein Übereinkommen seien nicht ungünstig. Briand habe die Gelegenheit benutzt, um die Härte seiner Rede zu mildern. Der deutsche Reichskanzler habe erneut betont, dass Deutschland auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages das moralische Recht besitze, die Räumung des Rheinlandes vor Ablauf des durch den Friedensvertrag festgesetzten Zeitpunktes zu verlangen. Man scheine allgemein mit einer früheren Räumung des Rheinlandes einverstanden gewesen zu sein, vorausgesetzt, dass Deutschland die nötigen Garantien für die Einhaltung seiner Reparationsverpflichtungen gebe. Es sei aber schwierig, sich vorzustellen, welche Garantien Deutschland wohl geben könne, wenn Amerika sich an der Regelung nicht beteilige. Es sei daher anzunehmen, dass alle fünf Mächte sich bereithalten würden, eine endgültige Regelung des Kriegsschuldenproblems vorzunehmen, sobald Amerika geneigt sei, die gegenwärtig bestehenden Schuldenübereinkommen zu revidieren. Pertinax glaubt, dass am Donnerstag, wenn die Verhandlungen über die Rheinlandräumung fortgesetzt werden,

Briand unter dem Einfluss Paul-Boncour's die Einsetzung einer internationalen Kontrolle der demilitarisierten Rheinlandzone verlangen werde.

„Daily Express“ bedauert in einem Leitartikel lebhaft die scharfe Rede Briands, die trotz der bald darauffolgenden Abschwächung einen ungünstigen Eindruck in Genf und dem in der ganzen Welt hervorrufen müsse. Es sei schwierig, sich des Eindrucks zu erwehren, dass sie ein böses Vorzeichen für die Räumungsverhandlungen sei. Noch pessimistischer ist „Manchester Guardian“, der bereits heute erklärt, dass der deutsche Reichskanzler in Genf nichts erreichen werde. Er werde mit leeren Händen nach Berlin zurückkehren, da die Rede Briands alle Hoffnungen auf eine baldige Räumung des Rheinlandes und auf jeden Fortschritt in den Abrüstungsverhandlungen vernichtet habe. Lord Cusehens Rede sei ebenso entmutigend gewesen. Man gewinne überhaupt den Eindruck, dass er bisher in Genf nur das Echo Briands gewesen sei. Die einzigen, die von den Reden der französischen und britischen Hauptdelegierten profitiert hätten, seien die deutschen Nationalisten.

Loucheur fordert eine Kohlen- und Zuckerkonferenz

Wirtschaftsdebatten in Genf.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✱ GENÈVE, 12. September.

In der zweiten Kommission wurde heute die Besprechung der Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes aufgenommen. Die Vorsitzenden der Ein- und Austauschkommission und der Wirtschaftskommission nahmen an den Verhandlungen teil. Der Berichterstatter Loucheur besprach zunächst die in der Versammlung erhobenen Einwände gegen die in die Ausdehnung der Wirtschaftsarbeiten sowie den dort hervorgehobenen Gesichtspunkt, dass man in die zollpolitischen Rechte der Einzelstaaten nicht eingreifen solle. Er stimmte dem zu, dass der Völkerbund sich auf eine gewisse Anzahl hochwichtiger Probleme beschränken müsse. Er betonte sodann, dass Frankreich den größten Wert

Eine konservative französische Zeitung habe Hermann Müller beschuldigt, dass er „wie ein Mann der Strasse“ gesprochen habe. Leider sei der deutsche Reichskanzler der einzige Delegierte gewesen, der so geredet habe. Er allein habe den Gefühlen der Männer und Frauen auf den Strassen von Berlin, Paris und London Ausdruck verliehen. Keiner der anderen Delegierten habe in seiner Rede auf die allgemeine Unzufriedenheit der Völker hingewiesen, und dass die Grossmächte in der Abrüstungsfrage noch immer keinen Schritt weitergekommen seien. „Daily Express“ meint, wenn der Kellogg-Pakt die gegenwärtige Abrüstungsdebatte in Genf überlebe, so werde er als einer der wichtigsten Faktoren in der Geschichte des menschlichen Fortschritts dastehen. Eines sei aber klar, Genf und der Kellogg-Pakt könnten nicht nebeneinander bestehen. Einer von beiden müsse sterben. „Daily Chronicle“ betont, wenn die Befriedung Westeuropas wirklich der ernsthafteste Wunsch der europäischen Mächte sei, dann müssten sowohl die Franzosen wie die deutschen Staatsmänner mehr die Gefühle der öffentlichen Meinung des andern Landes berücksichtigen. Briand habe dies in seiner letzten Rede offensichtlich nicht getan. Locarno wurde als eine Versicherung dafür unterzeichnet, dass man sich von nun ab bemühen werde, eine Atmosphäre des guten Willens zu schaffen. England sei ebenso wie Deutschland berechtigt, sich zu beklagen, dass Frankreich die Herstellung dieser Atmosphäre verhindere.

✱ PARIS, 12. September.

Nach der Beendigung der sehr überflüssigen Manöver im Rheinland hielt General Guillaumat vor den Vertretern der Presse eine Rede, die mit folgenden Worten schloss: „Ich glaube, dass wir in diesen acht Tagen gute Arbeit geleistet haben. Wir haben auch der Bevölkerung, die unsere Truppen mit Sympathie aufgenommen hat, bewiesen, dass es noch eine französische Armee gibt, mit der zu rechnen ist, wenn es den Diplomaten nicht gelingt, die Konflikte zu beseitigen.“ — Nach dem Bericht des „Petit Parisien“ habe General Guillaumat ferner gesagt: „Wir haben schon vier Jahre lang zusammengearbeitet, und ich zweifle nicht daran, dass wir auch im nächsten Jahre hier zusammentreffen.“ Dieser Satz fehlt in den anderen Berichten. Er würde die Worte des Generals noch bedenklicher erscheinen lassen.

auf das Zustandekommen einer Konferenz für die Kohlen- und Zuckerfragen lege. Gewiss, kleine Länder befürchteten als Ergebnis einer Konferenz, dass sie dem Druck der grossen Produzentenländer unterworfen würden, oder dass, wenn man nicht zu einer gemeinsamen Konferenz der Produktions- und Verbraucherländer gelangen würde, die Produzenten allein vorgehen. Man müsse in der Kohlenfrage zu einer internationalen Verständigung gelangen, welche die scharfen Schwankungen beseitigt. Der italienische Vertreter Belloni stimmt Loucheur im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Kohlen- und Zuckerfrage zu. Serrays (Frankreich) besprach den Plan einer Untersuchung über bestimmte Gruppen von Erzeugnissen im Hinblick auf gemeinsame Tarifherabsetzungen. Das Wirtschaftskomitee habe eine vorläufige Liste solcher Erzeugnisse aufgestellt; an der Spitze stehe Aluminium. Hierfür habe bisher in Deutschland ein Einfuhrverbot bestanden, das erst mit Inkrafttreten eines Abkommens fallen würde. Es sei von Bedeutung, dass Deutschland keine Aluminiumzölle habe, und es frage sich nunmehr, ob alle anderen Länder diesen Zoll aufgeben sollen.

Frage der Banca Generala-Noten bewogen werden könnte. Die weitere Dauer der Verhandlungen wird hier auf nicht mehr als zwei Wochen eingeschätzt.

König Alfons in Kiel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✱ HAMBURG, 12. September.

Der König von Spanien ist an Bord des Kreuzers „Principe Alfonso“ heute auf seiner Reise nach Stockholm programmässig in Kiel eingetroffen. Die Fahrt wird voraussichtlich morgen früh fortgesetzt. In Brunnabüttelkoog wurde der König von einer Ehrenkompanie des Estliner Reichsheerbatallions begrüsst und auf der Fahrt durch den Nord-Östsee-Kanal von Kontradmiral Wolf von Ditten geleitet. In seiner Begleitung befand sich u. a. der spanische Botschafter in Berlin.

✱ PARIS, 12. September.

Die Entdeckung einer grossen Verschwörung wird von der spanischen Grenze gemeldet. Mehr als tausend Verhaftungen sollen erfolgt sein, besonders in Saragossa, Barcelona und Madrid.

Die Rheinlande und Genf.

Ungünstige Rückwirkungen der Rede Briands. — Besorgnisse vor einem Erstarren der chauvinistischen Elemente. — Die verhängnisvolle Rolle der Sureté. — Das überlebte Rheinlandabkommen.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

KOBLENZ, 12. September.

Der diplomatische Kampf um die Räumung wird von der Bevölkerung des rheinischen besetzten Gebietes mit wachsender innerer Anteilnahme verfolgt. Sein bisheriger Verlauf hat tiefgehende Enttäuschung und Beunruhigung hervorgerufen. Briands Rede war ein schwerer Schlag gegen jene, die sich bisher trotz allem einen gewissen Optimismus bewahrt hatten. Man befürchtet von ihr eine Ermutigung jener chauvinistischen Elemente innerhalb der Besatzung, die auf die Behandlung des gesamten Okkupationsproblems einen massgebenden Einfluss ausüben, und damit eine neue Komplizierung der Räumungsfrage.

Genauere Kenner der Besatzungsverhältnisse haben die Genfer Verhandlungen von Anfang an mit Skeptizismus beurteilt. Man erinnerte sich der zahlreichen früheren Enttäuschungen und zum Beispiel daran, dass die Räumung der ersten Zone erst nach einjähriger Verspätung erfolgte und die Besatzungsarmee trotz ausdrücklicher Versprechungen nur um einen immerhin recht geringen Bruchteil vermindert wurde. Im besetzten Gebiet, das 25600 Quadratkilometer mit 380000 Einwohnern umfasst, stehen heute noch rund 68 000 Mann. Im Mainzer Brückenkopf befinden sich 20 000 Franzosen, Koblenz hat eine Garnison von 8 000 Mann und in Trier, einer Stadt von 56 000 Einwohnern, liegen 9 000 Mann. Der Geist der Barrés, Mangin und Maginot ist immer noch lebendig.

Wie wäre es sonst verständlich, dass fast zu dem gleichen Zeitpunkt, an dem die feierliche Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes vollzogen wurde, Manöver der Besatzungsgruppen grossen Stils im südlichen Rheinland eingeleitet wurden, Manöver von einem Umfang, wie man sie während der Besatzungsperiode noch nicht erlebt hat? Die Gegend von Trier bis in die Hoch-eifel hinein ist ein einziges grosses Heerlager. Der Verkehr ist stellenweise vollkommen lahmgelegt. Schulen müssen in einzelnen Orten infolge Masseneinquartierung geräumt werden und Kurgäste die Hotels verlassen. Die Manöver sind auf einen kriegerischen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zugeschnitten, und man erprobt — den Einmarsch auf deutsches Gebiet. Diese militärischen Aktionen, die für die ärmliche Bevölkerung der Eifel eine grosse Belastung bedeuten, kennzeichnen am deutlichsten den Widerspruch, der zwischen den in Locarno und Genf aufgestellten Grundsätzen und der Praxis besteht. Aber solche rein militärischen Auswirkungen des Besatzungsregimes sind ausserdem nicht die einzigen Faktoren, die die Räumung für die Bevölkerung zu einer lebenswichtigen Angelegenheit machen. Vom psychologischen Standpunkt aus viel verhängnisvoller sind die übrigen Funktionen der Besatzungsmaschinerie, die das Alltagsleben der Bevölkerung täglich und unmittelbar beeinflussen. Die Unannehmlichkeiten der Einquartierungen, die Tätigkeit der Kriegengerichte, das ausgedehnte Spitzel- und Kontrollwesen und vor allem die Algewalt der Ordonnanzen bilden die Quelle ständiger Reibereien, über die die grosse Öffentlichkeit allerdings nur ungenügend unterrichtet ist. Vor den grossen völkerrechtlichen Thesen, mit denen man heute die Räumungsfrage zu lösen sucht, scheinen diese realen Auswirkungen des Besatzungssystems etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Mit Unrecht. Gerade sie zeigen immer wieder von neuem die Gefahrenquellen, die die Besatzung für den europäischen Frieden darstellt. Wenn unliebsame Konflikte und diplomatische Verwicklungen vermieden oder in letzter Stunde beigelegt worden sind, so ist das zweifellos dem diplomatischen Geschick und dem Takt des deutschen Reichskommissariats für die besetzten Gebiete in Koblenz zuzuschreiben, das sich als Interventionsorgan zwischen der Bevölkerung und der Rheinlandkommission von ausserordentlich praktischer Bedeutung erwiesen hat. Es ist hier im Lande vielfach nicht verstanden worden, dass in der letzten Zeit Vorschläge aufgetaucht sind, das Reichskommissariat aufzulösen und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz mit der Regelung der Besatzungsfragen zu beauftragen. Mit Recht weist eine führende pfälzische Zeitung darauf hin, dass es der Interventionsfähigkeit des Reichskommissariats in erster Linie zu verdanken sei, wenn eine gewisse Vertrauensatmosphäre im besetzten Gebiet geschaffen worden sei. Selbst Bayern, das sonst bekanntlich seine föderalistischen Wünsche stets in den

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Wiederbeginn nächste Woche.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✱ BUKAREST, 12. September.

Die Wiederaufnahme der deutsch-rumänischen Verhandlungen, die nach der getroffenen Vereinbarung heute erfolgen sollte, verzögert sich auf rumänischen Wunsch noch um eine Woche. Wie aus bestunterrichteter Quelle verlautet, werden sich die rumänischen Delegierten Oromolu, Lapedatu, Eftimie und Antonescu am 17. September nach Berlin zurückgeben. Es wird mit Wiederaufnahme der Verhandlungen am 19. September gerechnet. In rumänischen Regierungskreisen besteht weiter der grösste Optimismus in bezug auf einen positiven Ausgang der Verhandlungen. Diese Auffassung wird aber auch von zuständigen deutschen Stellen in Bukarest geteilt. Auf rumänischer Seite herrscht die Auffassung vor, dass Rumänien sich zur Revolorisierung der in deutschem Besitz befindlichen Renten entschliessen werde, wogegen Deutschland gegebenenfalls zu weiteren, allerdings nicht erheblichen Zugeständnissen in der